

BREXIT/US-WAHL

## Verhältnis von Schweiz und EU soll weiter gestärkt werden

**Landrätin Marion Dammann und Basels Regierungspräsident Guy Morin betonen die Vorteile des Denkens und Handelns über den Rhein.**



Guy Morin, Marion Dammann, Moderatorin Indrani Das Schmid und Manuel Friesecke (von links)  
Foto: Annette Mahro

BASEL. England hat für den Brexit gestimmt, die USA für Donald Trump. Mit ihrem Ja zur "Initiative gegen Masseneinwanderung" (MEI) hat sich die Schweiz schon 2014 in Richtung Abschottung bewegt. Ist also das grenzüberschreitende Denken und Handeln der Vergangenheit Makulatur? Im Gegenteil, sagt etwa die Lörracher Landrätin Marion Dammann: "Ich denke, dass diese Region viele Krisen überstehen konnte, gerade weil sie weiterhin zusammengearbeitet hat."

Am Vorabend der US-Wahl hatten Regio Basiliensis und die "Neue Europäische Bewegung Schweiz" (Nebs) Dammann und den Basler Regierungspräsidenten Guy Morin zur Diskussion geladen. Wer bei der Veranstaltung unter dem Titel "Verhältnis Schweiz-EU – Welche Lösungen bieten sich nach dem Brexit?" neue Antworten erwartet hatte, sah sich enttäuscht. Morin warb einmal mehr um Verständnis für die Sorgen in der eigenen Bevölkerung, die es ernst zu nehmen gelte. Das Abstimmungsergebnis dürfe nicht mit Tricks umschifft werden. Auch wenn zumal Basel-Stadt, wo die MEI mit 61 Prozent der Stimmen klar abgelehnt worden war, die Region der Schweiz sei, die am meisten von der Personenfreizügigkeit profitiere, müsse eine für alle gangbare Lösung gefunden werden.

In der Region gilt das Gebot der realistischen Einschätzung ohnehin, hatte doch Baselland mit einer Zustimmung von 50,6 Prozent zu den MEI-Ja-Kantonen gehört. Die letzten im Schweizer National- und Ständerat diskutierten Lösungsvorschläge, nach denen ein Inländervorrang bei Stellenneubesetzungen mehr oder weniger restriktiv umzusetzen wäre, sind nach Morins Auffassung nicht nach der wirtschaftlichen Opportunität, sondern nach ihrer Mehrheitsfähigkeit im Volk zu bewerten. Den Basler Nebs-Präsidenten Matthias Bertschinger beschwor Morin entsprechend, es gelte höchste Vorsicht walten zu lassen, sollten die MEI-Befürworter den Umsetzungsvorschlag akzeptieren: "Wenn es kein Referendum gibt: Bitte provoziert keine Gegeninitiative!"

Für Regio-Basiliensis-Geschäftsführer Manuel Friesecke liegt der Schlüssel im grenzüberschreitenden Denken. Diesbezüglich erinnerte der Chef der Schweizer Organisation daran, dass 15 der 26 Kantone an Nachbarländer grenzten: "Wir müssen vermehrt die Grenzregionen ins Licht rücken."

Nicht allein die Basler Pharmariesen seien auf ihre mittlerweile zu rund zwei Dritteln ausländische Belegschaft angewiesen wie die Stadt auf ihre Grenzgänger. Bei 20 000 in den letzten zwei Jahrzehnten geschaffenen neuen Arbeitsplätzen in der Stadt und durchschnittlich zwei Personen, die inklusive Angehörigen auf eine Stelle entfielen, sei die Rechnung einfach aufzumachen, nach der an offenen Grenzen kein Weg vorbeiführe, so Morin. Bei Novartis gäbe es aktuell Überlegungen, den Campus über die Grenze nach Frankreich weiter wachsen zu lassen, was belege, dass es dem Unternehmen gut gehe. Auch die Einkaufstouristen könne man nicht daran hindern, bei der derzeitigen Währungssituation bei den Nachbarn einzukaufen. Marion Dammann beschwört ihrerseits Beständigkeit beim grenzoffenen Denken und Handeln: "Wir dürfen da nicht nachlassen, auch nicht in schwierigen Zeiten."

Natürlich sei der politische Entscheid seinerzeit für die Nachbarn alarmierend gewesen, erinnert sich Marion Dammann, die sich im Februar 2014 plötzlich "wieder vor der Grenze" gefühlt hat. Dass die Grenzen weltweit nach Zeiten der Annäherung wieder höher gezogen werden, ist der Landrätin ebenso bewusst: "Wenn wir die Befürchtungen in der Schweiz sehen, sehen wir auch, dass es vergleichbare in Deutschland gibt." Gleichwohl gelte es für alle, die Fakten zu respektieren.

Autor: Annette Mahro

Basel

# Ängste nicht außen vor lassen

Die Oberbadische, 09.11.2016 19:00 Uhr

Das Verhältnis der Europäischen Union zur Schweiz ist seit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative (MEI) angespannt. Wie es um die Lage im Dreiland steht, war Thema im Rahmen einer Diskussionsrunde. Einig waren sich die Teilnehmer, dass sich die Region noch stärker Gehör bei den Regierungen dies- und jenseits der Grenzen verschaffen muss. Von Michael Werndorff Basel. Unter dem Motto „Verhältnis Schweiz-EU, welche Lösungen bieten sich an nach dem Brexit“ diskutierten am Dienstagabend Landrätin Marion Dammann, Guy Morin, scheidender Regierungspräsident des Kantons Basel-Stadt, und Manuel Friesecke, Geschäftsführer der Regio Basiliensis. Eines war schnell klar: Einfache Lösungen gibt es nicht. Einig waren sich die Diskutanten indes, die Bilateralen Verträge nicht aufs Spiel setzen zu wollen, für gegenseitiges Verständnis zu werben, weiterhin grenzüberschreitende Projekte voranzubringen und im politischen Bern geschlossen auf die Bedeutung der Grenzgänger hinzuweisen. Letztere machen schweizweit mittlerweile sechs Prozent bei den Arbeitnehmern aus. „Wir sind extrem abhängig, dass die Bilateralen erhalten bleiben“, beschrieb Morin nicht nur die Vorzüge der Personenfreizügigkeit sondern auch wichtige Handelsmodalitäten, ohne die es die Schweizer Wirtschaft schwerer hätte. Und: „Wir müssen den bilateralen Weg pragmatisch weitergehen“, forderte Morin und monierte, dass das nachträglich verschärfte Modell des sogenannten Inländervorrangs light zu mehr Bürokratie und Aufwand bei den Arbeitsämtern führen werde. - Abzuwarten bleibt zudem die Reaktion der EU auf den für Dezember terminierten Beschluss zur Umsetzung der MEI. Ein institutionelles Rahmenabkommen in der Schweiz sei jedenfalls undenkbar, stellte Morin klar. Auch führe das momentane Bild der EU in der Schweiz nicht zu einer besseren Stimmungslage unter den Eidgenossen, merkte Morin kritisch an. „Wir schauen mit Skepsis über die Grenze“, beschrieb Dammann die Lage diesseits des Schlagbaums. Gleichwohl betonte sie die lange Tradition einer erfolgreichen Zusammenarbeit im Dreiland, schließlich gebe es gemeinsame Herausforderungen zu meistern, vor allem im Bereich der Mobilität. In der Diskussion um das Verhältnis der Länder und die Anforderungen der Wirtschaft dürften die Ängste der Bürger vor zu viel Zuwanderung aber nicht untergehen, machten Dammann und Morin deutlich. Gefragt, wie die deutschen Partner in Sachen Schweizer Vorgehen agieren, sagte sie, dass der Kreis keine rechtliche Handlungsmöglichkeiten habe. Vielmehr gehe es darum, grenzoffen zu denken und bereits Kinder diesbezüglich zu sensibilisieren. Darüber hinaus brauche es einen regen Austausch jenseits politischer Belange, forderte die Landrätin, denn in Deutschland sei das politische Interesse schwach. Laut Friesecke müsse die Grenzregion im politischen Prozess stärker wahrgenommen werden. Dazu trage bei, dass die Region geschlossen auftrete. „Es ist nicht

selbstverständlich, dass Deutschland und Frankreich die Entwicklung so positiv begleiten.“ Das sei ein Zeichen der guten und langen Tradition einer erfolgreichen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, sagte Friesecke abschließend.